

Erscheint wöchentlich 3 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Filial-Expeditionen für die vereinigten Staaten:
F. K. Sorgt,
Box 101 Hoboken, N. J.
G. K. Ebneder,
98 S. Market str. corn. Madison -tr. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2. u. 3. Monat u. auf den 3. Monat besonders angenommen, im Sgr. Sachsen u. Sächsl.-Altenburg auch auf den 1. Monat 3 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 69.

Freitag, 8. August.

1873.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für die Monate August und September zu 10^{1/2} Neugroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch für Monat August allein zu 5^{1/2} Ngr., für Leipzig für August zu 6 Ngr. bei der Expedition Zeitungsstraße 44, Petersstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellenstraße 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Frau Hohe, Hofmarkt Nr. 9, in Lindenau, für Connewitz u. bei Teubert, Bornaische Straße 197, für Klein-Flöschchen und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Parteienossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allerorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Da laut einer unserm Vertrauensmann in Nürnberg gewordenen Verfügung des Königl. Commissars zu Nürnberg die Abhaltung des Parteicongresses in Nürnberg verboten ist, und da wir es für unzweckmäßig hielten, gegen diesen Erlaß bei der Kreisregierung Berufung einzulegen, so soll der Congreß zur festgesetzten Zeit in Thüringen abgehalten werden. In einer der nächsten Nummern d. Bl. schon werden wir den Ort näher bezeichnen. Den Wortlaut der Verfügung werden wir in nächster Nummer bekannt geben.
Namens des Partei-Ausschusses:
Th. Jord.

„Das Kapital“. Kritik der politischen Oekonomie von Karl Marx.

Stoffmangel verhindert uns seit zwei Monaten, das „Nachwort“ zur mehrfach verbesserten zweiten Auflage des obigen Werkes zur Kenntniß der Leser d. Bl. — die zugleich im Besitz der ersten Auflage sind — zu bringen. Das Verfaßte wird hierdurch nachgeholt mit dem Bemerkung, daß die Bourgeoisielehrsamkeit auf die ihr am Schluß ertheilte Belehrung über die vielberufene „Hegeldialektik“ noch nichts geantwortet hat. — Das „Nachwort“ lautet:

„Das Verstandniß, welches „Das Kapital“ rasch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterklasse fand, ist der beste Lohn meiner Arbeit. Ein Mann, ökonomisch auf dem Bourgeoisstandpunkt, Herr Meyer, Wiener Fabrikant, that in einer während des deutsch-französischen Krieges veröffentlichten Broschüre treffend dar, daß der große theoretische Sinn, der als deutsches Erbgut galt, den sog. gebildeten Klassen Deutschlands durchaus abhanden gekommen ist, dagegen in seiner Arbeiterklasse neu auslebt.

„Die politische Oekonomie blieb in Deutschland bis zu dieser Stunde eine ausländische Wissenschaft. Gustav von Gütlich hat in „Geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe u.“, namentlich in den 1830 herausgegebenen zwei ersten Bänden seines Werkes, größtentheils schon die historischen Umstände erörtert, welche die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bei uns hemmten, daher auch den Aufbau der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Es fehlte also der lebendige Boden der politischen Oekonomie. Sie ward als fertige Waare importirt aus England und Frankreich; ihre deutschen Professoren blieben Schüler. Der theoretische Ausdruck einer fremden Wirklichkeit verwandelte sich unter der Hand in eine Dogmenammlung, von ihnen gedeutet im Sinne der sie umgebenden kleinbürgerlichen Welt, also mißdeutet. Das nicht ganz unterdrückte Gefühl wissenschaftlicher Ohnmacht und das unheimliche Gewissen, auf einem in der That fremdartigen Gebiet schulmeistern zu müssen, suchte man zu verdecken unter dem Prunk literarhistorischer Gelehrsamkeit oder durch Beimischung fremden Stoffes, entlehnt den sog. Cameralwissenschaften, einem Mischmasch von Kenntnissen, deren Fegfeuer der hoffnungsvolle Candidat deutscher Bureaukratie zu bestehen hat.

„Seit 1848 hat sich die kapitalistische Produktionsweise rasch in Deutschland entwickelt und treibt heutzutage bereits ihre Schwimmbelüthe. Aber unsern Fachleuten blieb das Geschick gleich abhold. So lange sie politische Oekonomie unbefangenen treiben konnten, fehlten die modernen ökonomischen Verhältnisse in der deutschen Wirklichkeit. Sobald diese Verhältnisse in's Leben traten, geschah es unter Umständen, welche ihr unbefangenes Studium innerhalb des bürgerlichen Gesichtskreises nicht länger zulassen. So weit sie bürgerlich ist, d. h. die kapitalistische Ordnung statt als geschichtlich vorübergehende Entwicklungsstufe, umgekehrt als absolute und letzte Gestalt der gesellschaftlichen Produktion aufzufassen, kann die politische Oekonomie nur Wissenschaft bleiben, so lange der Klassenkampf latent (verborgen) bleibt oder sich nur in vereinzelt Erscheinungen offenbart.

„Nehmen wir England. Seine klassische politische Oekonomie fällt in die Periode des unentwickelten Klassenkampfes. Ihr letzter großer Repräsentant, Ricardo, macht endlich bewußt den Gegensatz der Klasseninteressen, des Arbeitelohns und des Profits, des Profits und der Grundrente, zum Springpunkt seiner Forschungen, indem er diesen Gegensatz nach als gesellschaftliches Naturgesetz aufzufassen. Damit war auch die bürgerliche Wissenschaft der Oekonomie bei ihrer unüberschreitbaren Schranke angelangt. Noch bei Lebzeiten Ricardo's und im Gegensatz zu ihm trat ihr in der Person Sismond'i die Kritik gegenüber.“

„Die nachfolgende Zeit von 1820—30 zeichnet sich in England aus durch wissenschaftliche Lebendigkeit auf dem Gebiete der politischen Oekonomie. Es war die Periode wie der Vulgarisirung und Ausbreitung der Ricardo'schen Theorie, so ihres Kampfes mit der alten Schule. Es wurden glänzende Turniere gefeiert. Was damals geleistet worden, ist dem europäischen Continent wenig bekannt, da die Polemik größtentheils in Revueartikeln, Gelegenheitschriften und Pamphlets zerstreut ist. Der unbefangene Charakter dieser Polemik — obgleich die Ricardo'sche Theorie ausnahmsweise auch schon als Angriffswaffe wider die bürgerliche Wirtschaft dient — erklärt sich aus den Zeitumständen. Einerseits trat die große Industrie selbst nur aus ihrem Kindheitsalter heraus, wie schon dadurch bewiesen ist, daß sie erst mit der Krise von 1825 den periodischen Kreislauf ihres modernen Lebens eröffnet. Andererseits blieb der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit in den Hintergrund gedrängt, politisch durch den Zwist zwischen den um die heilige Allianz geschaarten Regierungen und Feudalen und der von der Bourgeoisie geführten Volksmasse, ökonomisch durch den Hader des industriellen Kapitals mit dem aristokratischen Grundeigenthum, der sich in Frankreich hinter dem Gegensatz von Parcelleneigenthum und Großgrundbesitz verbarg, in England seit den Korngesetzen offen ausbrach. Die Literatur der politischen Oekonomie in England erinnert während dieser Periode an die ökonomische Sturm- und Drangperiode in Frankreich nach Dr. Quetelet's Tod, aber nur wie ein Altwiebersommer an den Frühling erinnert. Mit dem Jahr 1830 trat die ein für allemal entscheidende Krise ein.

„Die Bourgeoisie hatte in Frankreich und England politische Macht erobert. Von da an gewann der Klassenkampf, praktisch und theoretisch, mehr und mehr ausgesprochene und drohende Formen. Er läutete die Todtenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Oekonomie. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopfflechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Unterforschung das böse Wissen und die schlechte Absicht der Apologetik. Indeß selbst die judinglichen Traktätschen, welche die Anti-Cornlaw-League (Anti-Korngesetz-Liga), mit den Fabrikanten Cobden und Bright an der Spitze, in die Welt schleuderte, boten, wenn kein wissenschaftliches, doch ein historisches Interesse durch die Polemik gegen die grundeigenbüthliche Aristokratie. Auch diesen Stachel zog die Freihandelsgesetzgebung seit Sir Robert Peel der Vulgarökonomie aus.

„Die continentale Revolution von 1848—49 schlug auch auf England zurück. Männer, die noch wissenschaftliche Bedeutung beanspruchten, und mehr sein wollten als bloße Sophisten und Skolophanten der herrschenden Klassen, suchten die politische Oekonomie des Kapitals in Einklang zu setzen mit den jetzt nicht länger zu ignorirenden Ansprüchen des Proletariats. Daher ein geistloser Synkretismus (Ausgleichende Vermittlung durch Auffstellung unklarer Sätze, die nach allen Seiten hin deutungsfähig sind), wie ihn John Stuart Mill am besten repräsentirt. Es ist eine Banteroterklärung der „bürgerlichen“ Oekonomie, welche der große russische Gelehrte und Kritiker Dr. Tschernischewsky in seinem Werk „Umriss der politischen Oekonomie nach Mill“ bereits meisterhaft beleuchtet hat.

„In Deutschland kam also die kapitalistische Produktionsweise zur Reife, nachdem ihr antagonistischer Charakter sich in Frankreich und England schon durch geschichtliche Kämpfe geräuschvoll offenbart hatte, während das deutsche Proletariat bereits ein viel entwickelteres theoretisches Klassenbewußtsein besaß als die deutsche Bourgeoisie. Sobald eine bürgerliche Wissenschaft der politischen Oekonomie hier möglich zu werden schien, war sie daher wieder unmöglich geworden.

„Unter diesen Umständen theilten sich ihre Wortführer in zwei Reihen. Die einen, kluge, erworbene, praktische Leute, scharten sich um die Fahne Bastiat's, des flachsten und daher gelungensten Vertreter vulgäroökonomischer Apologetik; die andern, stolz auf die Professorwürde ihrer Wissenschaft, folgten J. S. Mill in dem Versuch, Unversöhnbares zu versöhnen. Wie zur klassischen Zeit der bürgerlichen Oekonomie blieben die Deutschen auch zur Zeit ihres Verfalls bloße Schüler, Nachbeter und Nachtreter, Kleinhändler des ausländischen Großgeschäfts.

„Die eigenbüthliche historische Entwicklung der deutschen Gesellschaft schloß hier also jede originelle Fortbildung der „bürgerlichen“ Oekonomie aus, aber nicht deren Kritik. Soweit solche Kritik überhaupt eine Klasse vertritt, kann sie nur die Klasse vertreten, deren geschichtlicher Beruf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen ist — das Proletariat. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

— Die preussische und andere Regierungen haben es von der Anklagebank herab schon oftmals hören müssen, daß sie mit Tendenzprozessen den Staat retteten, d. h. daß sie ihnen mißliebige Personen ihrer Gefinnung wegen verurtheilten. Stets sind alle Regierungen eifrig bemüht gewesen, sich von diesem Vorwurfe rein zu waschen. Daß aber die heutigen Regierungen, namentlich die preussische Mutterregierung den Boden unter sich weichen fühlen und deshalb die Tendenzen Andersdenkender verfolgen, geht klar und deutlich aus den behördlichen Verfügungen hervor, welche gegen politische Parteien erlassen werden. In Westphalen, um ein Beispiel aus vielen herauszugreifen, haben sich in letzterer Zeit „Knappenvereine“ gebildet, welche unter der Regide der rhei-

nischen Pfaffen stehen. Diese Knappenvereine werden selbstverständlich von den Pfaffen zur Agitation im großen „Kulturkampf“ benutzt; ihre Tendenzen sind kirchlich, denen die pfässigen Pfaffen natürlich einige sozialistisch sein sollende Ingerenzen beizugeben nicht verfehlt haben. Grund genug für einen Berliner Obergerichtspräsidenten, da ein doppeltes Rad zu schlagen! Alsbald hat der bekannte Herr von Kühlwetter die Verfügung erlassen, daß man solchen Vereinen die staatliche Genehmigung verweigern solle, wenn sie ihre Statuten einreichen. Zum offenen Verbot haben die Herren Oberpräsidenten nicht den Muth, wahrscheinlich weil sie fürchten, auch in nicht sozialistischen Kreisen möchte man sich über solche kindische Furcht lustig machen. Deshalb betritt man den etwas weniger öffentlichen Weg und verweigert durch die Bank die Genehmigung der Statuten. Das ist „Vereinsrecht“, von dem parlamentarische alte Weiber so viel zu plappern wissen, als ob es unter der Herrschaft der Stieber und Kühlwetter wirklich befände! Kostbar ist, wie Kühlwetter — wir denken bei diesem ominösen Namen immer an den bösen Geist Kühlhorn in Fouque's „Altbine“, der in seiner Bornirtheit mit einem Deckel von Holz einen Brunnen zu verschließen suchte, bis das brausende Wasser Deckel und bösen Geist zum Teufel trieb — sein Verbot zu motiviren versucht:

„Es kommt hierbei in Betracht, daß es bei der Lebhaftigkeit und den gesteigerten Anforderungen, womit zur Zeit für die Verbreitung und die agitatorische Behandlung der sozialistischen, kirchenpolitischen, staatsfeindlichen Tendenzen gewirkt wird, nothwendig vermieden werden muß, durch staatliche Genehmigung der Unterfertigungs- und Sterbefällen von Vereinen der bezeichneten Art neue, mit den Merkmalen der Rechtsfähigkeit ausgestattete Faktoren ins Leben treten zu lassen, an welchen jene Tendenzen in Sammel- und Stützpunkte finden könnten. Zudem sind die Bewegungen auf den bezeichneten Gebieten zur Zeit noch zu sehr im Fluß, als daß die Ermittlungen und Wahrnehmungen darüber, inwiefern die resp. Vereinsbildungen in diese Bewegungen eingreifen und denselben förderlich sind, als abgeschlossen betrachtet werden könnten.“

Zweimal gesteht also dieser Ober-Präsident offen ein, daß im preussischen Staat politische Parteien ihrer Tendenz, ihrer Gesinnung wegen verfolgt werden. Das genirt natürlich unsere Scham- und ehrlosen Preßhandlanger nicht, sie leugnen trotz alledem mit frecher Stirn ab, daß man im „neuen Reich“ Tendenzen verfolgen und wissen von der „milden Praxis“ der preussischen Regierung zu schwagen. Wir haben am wenigsten Grund und Bedürfnis, der pfässigen Agitation unter den Arbeitern das Wort zu reden; wir bekämpfen die schwarzen Apostel, wo wir können; aber den Arbeitern war es wohl weniger um politische „Tendenzen“ zu thun, als um Errichtung von Kranken- und Sterbefällen. Wenn die Pfaffen eine solche Organisation, wie die der „Knappenvereine“, für ihre Zwecke auszubenten sich bestreben, so wäre das für eine vernünftige Regierung noch lange kein Grund, den Arbeitern die Verfolgung zu wehren und auf Grund eines oberpräsidentlichen Verbots die Genehmigung aller Statuten zu verweigern. Eine vernünftige Regierung, die den Geist der Zeit begriffe, würde einsehen, daß sie, um sich auf dem schlüpfrigen Boden unserer heutigen Gesellschaft noch eine gute Weile zu halten, nicht die Arbeiter offen für rechtlos erklären dürfe. Wir wissen, daß man das in Berlin nie einseht, brauchen auch nicht zu fürchten, daß wir damit etwa dem „Genialen“ einen guten Rath gegeben hätten, denn wir kennen seine Unverfälschtheit, wollen auch Nichts von ihm und seiner ganzen Gesellschaft, und deshalb sind wir voll Zuversicht und Hoffnung auf die Zukunft.

— „Gewaltmarsch“. Die Garnison des „Ahnenchloßes“ der Hohenzollern, welches bekanntlich bei Heddingen steht, mußte am 31. Juli zu Fuß nach Stuttgart marschiren. 112 Mann betrug die Anzahl und bis Mittags waren schon acht davon todt. „Den Commandanten trifft keine Schuld“, schreibt der württembergische „Staatsanzeiger“. Wen trifft sie denn? Ist hier am Ende gar eine „gnädige Fügung“ im Spiele. Bei den Barbaren und Wilden werden die Menschen gepießt, gefäht, zu Tode gepöbel, lebendig gebraten und geschunden. Es ließe sich eine interessante Untersuchung darüber anstellen, ob die angeführten Todesarten qualvoller sind, als das Todtmarschiren in der Sonnenhitze. Bei den Wilden und Barbaren geschehen jene Martern aus Haß, oder aus Rache; im Staate der Kultur, der Gottesfurcht und frommen Sitte geschieht das Todtmarschiren der „Uebung“ wegen. Das ist der Unterschied zwischen Barbarei und moderner „Kultur“!

In der „Frankfurter Zeitung“ befindet sich folgende Correspondenz aus England d. d. London, den 25. Juli:

„Schon mehr als einmal habe ich auf die Programmlosigkeit der beiden großen Parteien in England hingewiesen; die Conservativen haben sich zwar gegen die Verallgemeinerung des Wahlrechts, die Entstaatlichung der Kirche in Irland, gegen die Untergerichts-Bill gestäubt, aber nun, da alle diese Maßregeln, welche die Hauptstützpunkte des gegenwärtigen Ministeriums und der liberalen Partei seit einem Decennium bildeten, durchgeführt sind, haben die Conservativen sich auf den bisher bestrittenen Boden gestellt und suchen ihre Gegner durch weitgehende Concessionen zu überbieten und vor den Wählern zu discreditiren. Ein principieller Gegensatz existirt nicht mehr und Zufälligkeiten, wie z. B. bei den Wahlen in Bath und Gloucester, wo unzufriedene Bierzapfer den Ausschlag gaben, entscheiden für die eine oder andere Partei. Inbezug hat daher die liberale Partei die Erklärung von Gladstone und zwei Collegen aufgenommen, daß sie die Erweiterung des Wahlrechts (Household Suffrage) auch auf die ländlichen Arbeiter ausdehnen. Die Mittheilung des Premier, ruft „Daily News“ begeistert, kündigt den ersten Punkt in dem neuen liberalen Programm an, welches das Publikum erwartet und die

*) Siehe meine Schrift: „Zur Kritik u.“ S. 30.

Regierung in der nächsten Session beschaffen muß" — den ersten Punkt, doch fürchte ich, daß es auch bei diesem ersten Punkt bleiben wird. Es war jedenfalls ein geschickter Streich, den beiden unabhängigen Männern, welche bisher unermüdet und mit großem Erfolg für Erweiterung des Wahlrechts agitiert haben, das Heft aus den Händen zu nehmen und zugleich ihre Forderung zu einem ministeriellen Programm zu stampeln. Was Trevelyan und Sir Charles Dille lange vorbereitet, das will Herr Gladstone nun einheimsen. Offentlich wird die Agitation sich aber nicht blos darauf beschränken, 900,000 neue Wähler zu schaffen, sondern auch auf eine ganz neue Verteilung der Parlamentssitze hinarbeiten. Uebrigens scheinen die Conservativen unangenehm überrascht worden zu sein; sie waren von der Unfähigkeit des Ministeriums Gladstone zu sehr überzeugt, um von demselben eine entschlossene That zu erwarten, seit Wochen haben sie sich in Siegesgedanken gewiegt und in der That, wo immer ein Wahlkampf ausgefochten worden, sind sie triumphierend aus demselben hervorgegangen. Doch gibt sich der „Standard“, das Organ der Tories, die lästige Miene von der Welt; die Erweiterung des Wahlrechts, meinte er, brauche man nicht mit Besorgniß zu betrachten, unpassend nur sei es, diese umfangreiche Arbeit jetzt vorzunehmen, solches Unterfangen könne man eben nur als Parteimanöver ansehen und über diese Art des Patriotismus werde das Land gewiß ein sehr energisches Urtheil abgeben.

So der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“. Was derselbe über die sogenannte „Programmlosigkeit“ der beiden großen Parteien, d. h. der Whigs und Tories sagt, ist zum mindesten ungenau angebracht. Die Whigs und Tories haben ein äußerst klares und verständliches Programm, und zwar enthält dasselbe zwei Paragraphen:

§ 1. Bekämpfung jeder Maßregel, die unsere politische Macht schmälere und unsere ökonomische Stellung erschüttern könnte.
§ 2. Wenn wir an der Regierung sind, Bekämpfung jeder Opposition; wenn wir nicht an der Regierung sind, Opposition gegen jede Maßregel der Regierung.

Wir dächten: das Programm ließe an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Doch der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ hat wahrscheinlich sagen wollen, was die Wahrheit ist, daß die beiden großen Parteien keine die von einander unterscheidende Programme haben; es ist dies aber sehr natürlich, sieweil die beiden großen Parteien im Grund genommen nur eine „große Partei“ sind, das heißt die Partei der landbesitzenden Oligarchie, um welche sich alle übrigen konservativen Interessen Englands gruppieren. Die Abschaffung der Kornzölle, für welche Reform die Whigs sich bekanntlich aus politischen Gründen erklärt hatten, bildete den letzten wirklichen Differenzpunkt zwischen Whigs und Tories. Seit nun aber die Kornfrage definitiv geregelt ist, und die sogenannte Freihandelspolitik vom konservativen Standpunkt aus nicht mehr angefochten wird — also seit nahezu einem Menschenalter — haben die Tories und Whigs aufs Haar ein und dasselbe Programm — das oben mitgetheilte — und ihre sogenannten „Parteikämpfe“ sind nur ein parlamentarisches Cridenspiel*) um den Besitz der ministeriellen „Prote und Fische“ — ein Spiel, bei dem es sich nicht um prinzipielle Fragen handelt, sondern einfach darum: wer „drin“ und wer „drauß“ ist — mit anderen Worten: „drin“ zu bleiben, wenn man „drin“ ist. Diese Verwischung der Gegensätze beschränkt sich übrigens nicht auf die Whigs und Tories. Sie ist eine Charaktereigenthümlichkeit unserer Zeit, in welcher sich mehr und mehr alle Privilegirten und Bestehenden zu Einer großen Partei zusammenschließen, um in geschlossener Masse der allmählich aus dem Chaos der Organisationslosigkeit herausstretenden Ueberzahl der Besitz- und Rechtslosen die Spitze bieten zu können.

Was endlich die von Gladstone in Aussicht gestellte Ausdehnung des Household Suffrage (Stimmrechts für Hausinhaber) auf das Land angeht, so hat diese Maßregel, wie schon der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ andeutet, absolut keine praktische Tragweite, wenn nicht eine gleichmäßige Abtheilung der Wahlbezirke damit verbunden ist. Die gleichmäßige Abgrenzung der Wahlbezirke wird aber von den jetzigen Gewalthabern nicht gewährt werden, obgleich das Household Suffrage, welches ja bereits seit längeren Jahren für die Städte besteht, die Mehrzahl des arbeitenden Volks anschließt, und, selbst bei gleichen Wahlbezirken, demokratische oder gar sozialistische Wahlen unmöglich machen würde. Aber das Kleinbürgertum käme aus Ruder. Und die Herren Großgrundbesitzer und Großkapitalisten werden sich dafür bedanken, freiwillig auf die Staatsmacht zu verzichten — zu wessen Gunsten es auch sei.

Die Berliner Volkszeitung veröffentlichte in ihrer Nummer vom 22. Juli folgende interessante Notiz, die sicher auf Wahrheit beruht, da der „Neue“ sie bis heute nicht dementirt hat:

„Der Allgemeine deutsche Maurerverein, dessen Präsident Herr Paul Grottkau ist, zahlt schon seit Wochen den pro Monat und Mitglied auf 6 Pfg. festgesetzten Beitrag an den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, oder besser zur Erhaltung des Organs „Neuer Sozialdemokrat“, nicht mehr, weil derselbe das Interesse der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Maurervereins nicht genug wahrgenommen habe. Der genannte Verein will nun das bisher an den „Neuen Sozialdemokrat“ gezahlte Geld dazu verwenden, im Sinne des Allgemeinen Maurervereins Flugchriften u. s. w. herauszugeben, um auf diese Weise das Interesse seiner Mitglieder zu wahren.“

Der „Allgemeine deutsche Maurerverein“ ist die an Mitgliederzahl bedeutendste Gewerkschaft, welche der „Neue“ unter seinem Anhang zählt; indem diese sich von ihm los sagte, ist bestätigt worden, was wir stets als Grundfalsch vertreten haben: Die Gewerkschaften müssen ihre Selbstständigkeit haben; sie dürfen nicht als auszubehendes Anhängel einer politischen Partei betrachtet werden.

Der „Sprechsaal“ hat auf den Angriff in Nr. 63 des „Vollstaats“ geantwortet. Die Behauptung des „Vollstaats“, daß die „Redaktion“ des „Sprechsaal“ unfähig sei, einen lesbaren Artikel zu schreiben, ist eklatant befähigt. „Redakteur“ Müller und der freundlich mitwirkende Kämme fühlen sich schwer getroffen und ihre Wuth macht sich in folgenden Ausdrücken Luft: „Große Schnauze — Schmutz — Unfähigkeit — Plagen — feile Agitatoren — Untugenden — Zwed heiligt die Mittel!“ Und diese „Redakteure“ behaupten, wir führten eine unansständige Sprache! — Schließlich sagt Herr Müller: „Im Uebrigen gehören wir zu jenen anständigen (?) Leuten, die es unter ihrer Würde halten, mit solchen „Vollstaatschreibern“, resp. Subjekten uns weiter abzugeben!“ Bravo, würdiger Herr Müller! Und wir begreifen nicht,

*) Das Cricket — das bekannte englische Nationalballspiel — wird von 2 gegen einander kämpfenden Abtheilungen gespielt, die einander aus dem „Maid“ zu treiben suchen.

wie man solchen unfähigen Subjekten — um Ihnen Ihren Ausdruck zurückzugeben, Herr Müller — die nicht einmal einen Artikel schreiben, geschweige einen andern mit Gründen widerlegen, sondern nur mit Schmutz und Schimpfworten um sich werfen können, wie man solchen unfähigen Subjekten die Redaktion eines Blattes anvertrauen kann. Aber wir treten Ihrem Brod zu nahe, Herr Müller, daher die Wuth! — Noch eins: die Redaktion des „Sprechsaal“ hat einen Artikel von Friedl aus Prag abgedruckt, von dem sie glaubte, er sei gegen die Sozialdemokratie abgedruckt, während er gegen die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, deren Tendenzen der „Sprechsaal“ befolgt, gerichtet war. Und ein Herr Müller, der solche unverzeihliche Dummheiten macht, hat immer noch eine „große Schnauze!“

— In Mainz ist die Herausgabe eines täglich erscheinenden Parteiorgans, „Süddeutsche Volksstimme“, die auf den 1. August festgesetzt war, durch eine vom dortigen bureaukratischen Apparat bewirkte Verschleppung verzögert worden. Das Blatt wird im September erscheinen. Als Redakteur ist Max Kayser bestimmt. — In Eisenach erscheint der „Thüringer Volksbote“, (früher „Köhn- und Werra-Zeitung“) der unsere Prinzipien vertritt. So hätten wir nun in Deutschland eine stattliche Anzahl Blätter, die unsere Prinzipien unter dem arbeitenden Volke verbreiten: „Chemnitzer Freie Presse“, „Dresdener Volksbote“, „Grimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, „Braunschweiger Volksfreund“, „Grazer Volksfreund“, „Hofzer Zeitung“, „Fürther demokratisches Wochenblatt“, „Zeitgeist“, „Thüringer Volksbote“, „Süddeutsche Volksstimme“. Dies sind mit dem „Vollstaats“ elf Organe, von denen 6 (die „Süddeutsche Volksstimme“ eingerechnet) täglich, 2 dreimal wöchentlich, eines zweimal wöchentlich und 2 einmal wöchentlich erscheinen. In Oesterreich erscheinen die „Gleichheit“ in Neustadt-Wien, in Wien die „Allgemeine radicale Arbeiterpresse“, in Klagenfurt das „Sozialpolitische Volksblatt“, in Pest die „Arbeiter-Wochen-Chronik“. Eine schöne Zahl, nicht wahr, Herr Meyer von der „Revue“? Also auf, hier droht dem Staat Gefahr und giebt's Freund Stieber etwas zu denunzieren!

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Die Fürther Parteimitglieder beantragen, der Kongreß wolle beschließen:

- Es sollen in den verschiedenen Gauen verlässliche Parteigenossen ernannt werden, um von Zeit zu Zeit, wenigstens alle vier Jahre einmal, die Mitgliedschaften ihres Gaus zu besuchen, deren Angelegenheiten zu regeln, für die richtige Ablieferung der Parteisteuer Sorge zu tragen und persönliche Zwistigkeiten zu schlichten.
- Der Kongreß wolle beschließen: Allen Parteimitgliedern, die noch einer andern politischen Partei angehören oder mit solchen in Verbindung stehen, die Alternative zu stellen, entweder aus unserer Partei zu scheiden oder der andern zu entsagen.

F. 3. Ehrhart (Kaiserslautern) beantragt:

- Der Kongreß möge eventuell über die Gründung einer Gewerkschaft oder eines Bundes der Bauern (Landarbeiter) Beschlüsse fassen.
- Die Parteimitglieder in Erfurt beantragen:
- Der Kongreß möge beschließen, daß vom Tage des Kongresses bis zur Reichstagswahl der monatliche Beitrag von 1 Sgr. auf 2 Sgr. festzustellen sei.
 - Daß die Partei eine Hauptagitation in Thüringen zu entwickeln habe.
 - Der Kongreß möge den Ausschuß veranlassen, die Agitationschriften so billig wie möglich, jedenfalls billiger als jetzt zu veranschlagen.
 - Der nächste Kongreß möge in Thüringen, und zwar entweder in Weimar oder Eisenach abgehalten werden.

Die Mannheimer Parteimitglieder beantragen:

- Der Kongreß möge beschließen: Der Ausschuß hat die Agitation so zu organisiren, daß dieselbe mehr von lokaler Seite, als durch fliegende Agitation betrieben wird. Die Lokal-Comités sind in dieser Weise mit Geld und Material zur Agitation zu unterstützen.
- Der Kongreß möge beschließen, daß Partei-Ausschussmitglieder nur dann auf Agitation gehen dürfen, wenn die geschäftliche Leitung der Partei dadurch nicht geschädigt wird. Der Sekretär darf jedoch nur in den alleräußersten Fällen auf Agitation gehen.
- Der Kongreß möge beschließen: Mit der Partei-Abrechnung muß die Abrechnung des „Vollstaats“ erfolgen und den Vertrauensmännern zugetheilt werden.

Ganshorn in Mannheim beantragt: Der Kongreß wolle beschließen:

- Alle Parteigenossen sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß alle gewerkschaftlichen Orts- und Fachvereine den zentralisirten Gewerkschaften sich anschließen. Bei neu zu gründenden gewerkschaftlichen Vereinen ist auf den Anschluß an die Stamm-Gewerkschaft sofort hinzuwirken.
- Daß alle Gewerkschaftskongresse und Generalversammlungen der Leitung der Parteibehörden unterstellt werden.
- Daß alljährlich mit dem Parteikongreß ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß einberufen werden soll.

Die Augsburg'sche Parteimitglieder beantragen:

- Der Kongreß möge beschließen: Der Pflichtbeitrag wird von 1 auf 2 Sgr. monatlich erhöht.
- Der Kongreß möge beschließen: Alle Lokalblätter, die als Parteiorgane gelten wollen, haben sich der Aufsicht des Parteiaussschusses unterzuordnen.
- Der Kongreß möge beschließen: Vorkommende Zwistigkeiten zwischen einzelnen Parteimitgliedern oder Mitgliedschaften dürfen für die Folge nicht mehr in den Parteiorganen zum Austrag gebracht, sondern sofort durch Schiedsgerichte geschlichtet werden.

Diege (Chemnitz) beantragt:

Da durch die vielen Verurtheilungen gegen die Vertreter der immer zahlreicher werdenden Blätter innerhalb unserer Partei-Organisation die Unterstützungsbereitschaften immer zahlreicher werden und namentlich die Genossen der Lokalblätter große Opfer zu bringen haben, so möge der Kongreß beschließen, daß in Zukunft nicht der ganze Schwerpunkt der Unterstützung auf den Genossen einzelner Lokalmitgliedschaften ruht, sondern daß die Gesamtpartei dafür aufkomme durch Gründung einer Unterstützungslasse, um dadurch etwas Einheitslicheres und Gleichmäßigeres zu schaffen.

Die Dieleseder Parteimitglieder beantragen:

- Das ganze Territorium der Partei wird nach dem Muster der Vereinigten Staaten in Distrikte, resp. Bezirke geographisch nach Lage der Provinzen eingetheilt.
- Die Mitglieder resp. Vertrauensmänner der Orte eines Distriktes wählen sich einen fogen. General-Bevollmächtigten oder General-Vertrauensmann, welcher zugleich im Bezirk, je nach Bedürfniß agitatorisch und organisatorisch thätig sein muß.
- Die Wahl erfolgt auf ein halb Jahr für den General-Vertrauensmann.
- Die Mitglieder eines jeden Bezirks sind verpflichtet, wo solches noch nicht geschehen, in jedem Bezirk oder Provinz ein Agitations-Comité zu gründen, welches für regelrechte Agitation nach allen Orten, wo es nöthig erscheint, Sorge zu tragen hat.
- Der General-Bevollmächtigte oder Vertrauensmann ist in erster Reihe dem Agitations-Comité für seine Thätigkeit verantwortlich. Beschwerden über sein Verhalten sind beim Ausschuß anzubringen, welcher auch, nachdem die Vertrauensmänner die Wahl desselben vollzogen, dieselbe zu bestätigen hat.
- Die Unterhaltungskosten resp. die Agitationsgelder sind in erster Beziehung durch den Ausschuß zu bestimmen. Das Agitationscomité ist jedoch auf Aufforderung des Ausschusses verpflichtet, den allgemeinen Agitationsfond nach Kräften zu unterstützen.
- Der General-Bevollmächtigte oder Vertrauensmann ist gehalten, alle 4 Wochen einen Bericht über seine Thätigkeit dem Ausschuß resp. dem Parteiorgan zu übersenden.
- Halbjährlich findet von sämtlichen General-Vertrauensmännern an einem vom Ausschuß zu bestimmenden Ort eine Konferenz statt, wo über das praktische Vorgehen der Gesamt-Agitation praktische Schritte empfohlen und zur Ausführung gebracht werden.
- Außerordentliche Konferenzen finden auf Anordnung des Ausschusses statt.
- Außerdem treten die General-Vertrauensmänner, mit Ausnahme der jeweiligen Befugnisse der Controlcommission über die Parteiblätter (resp. den „Vollstaats“) in sämtliche bisherigen Rechte der Controlcommission. — Der Letzteren verbleibt nur die Controle über die Parteiblätter und die Buch- und Kassensführung des Ausschusses. — Innere Parteifreiheiten sowie Alles, was sich auf die Agitation bezieht, wird durch die General-Vertrauensmänner und den Ausschuß geregelt. — Nach diesen Intentionen sind die Generalvertrauensmänner als Vorstand der Partei anzusehen.

Die Breslauer Mitglieder beantragen (auch die Anträge Krücker's in Nr. 66 macht die Breslauer Mitgliedschaft zu den übrigen):

In Erwägung, daß nur eine einheitsliche centralistische Organisation die Partei zum Siege führen kann. In weiterer Erwägung, daß alle Lokalvereinigungen erfahrungsgemäß eine derartige erfolgreiche Organisation verhindern, indem sie den Partikularismus und persönliche Färsereien großziehen und die Opferfähigkeit und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder für die Parteigesamtheit vermindern, wolle der Kongreß die Mitglieder aller derjenigen Orte, an welchen die Partei nicht verboten ist, verpflichtet, sämtliche bestehenden Lokalvereine, welchen Namen dieselben auch haben mögen, schleunigst aufzulösen.

Die Breslauer Mitglieder beantragen (auch die Anträge Krücker's in Nr. 66 macht die Breslauer Mitgliedschaft zu den übrigen):

In Erwägung, daß nur eine einheitsliche centralistische Organisation die Partei zum Siege führen kann.

In weiterer Erwägung, daß alle Lokalvereinigungen erfahrungsgemäß eine derartige erfolgreiche Organisation verhindern, indem sie den Partikularismus und persönliche Färsereien großziehen und die Opferfähigkeit und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder für die Parteigesamtheit vermindern, wolle der Kongreß die Mitglieder aller derjenigen Orte, an welchen die Partei nicht verboten ist, verpflichtet, sämtliche bestehenden Lokalvereine, welchen Namen dieselben auch haben mögen, schleunigst aufzulösen.

Gewerkschaften und Gewerkschaftliches.

Verband für Buchbinder.

Frankfurt a. M. Wie den Kollegen schon berichtet, ist der Verein hier kräftig gediehen. Die dem Verein Beigetretenen zeigen, daß es ihnen erst um die Sache ist. So haben wir jetzt ein Arbeitsnachweisedureau gegründet, worauf wir die Kollegen ganz besonders aufmerksam machen. Der hiesige „Anzeiger“ sucht und zwar nach bekannter Weise wegen unseres Vorgehens zu betiteln und zu verächtigen. In Folge des letzten Berichtes im „Vollstaats“, worin wegen eines Mißverständnisses zwischen hiesigem Vorstande und dem Ausschuß der Satz: „Eine durch den Druck unserer Zusammenhaltens u. c.“ vom Ausschuß eingeschoben war, kam es in letzter Versammlung zu etwas heftiger Debatte. Unser seitheriger Vorsitzende Walter hat sein Amt als Vorsitzender niedergelegt und ist G. Correll zum ersten Vorsitzenden gewählt. Wir erwarten von demselben, daß er sein Amt ebenso unparteiisch, pfllichteten erfüllt, wie dies sein Vorgänger gethan. Die Lohnverhältnisse haben sich bis jetzt hier so zu sagen um nichts gebessert. Vor drei Wochen waren wir in Mainz, wo Correll und Unterzeichneter in einer Buchbinderversammlung die Grundsätze des Verbandes auseinandersetzen, auf die Nothwendigkeit der Vereinigung hinwiesen und zum Beitritt in den Verband aufforderten. Es traten auch 26 Kollegen zur Gründung eines Vereins zusammen, welche zugleich erklärten, dem Verbands beitreten zu wollen. Kollegen allerorts! Vereinigt, organisiert euch! Tretet ein in unseren Verband, helft mit kämpfen für die Verbesserung unserer Lage, für die Befreiung der Arbeit und der Erfolg unseres Wirkens wird in nicht allzu weiter Ferne liegen. Orte, von welchen uns Adressen bekannt sind, werden im Laufe der nächsten Woche Plakate zugeschickt bekommen. Mit kollegialischem Gruß
A. Müller.

NB. Unser Arbeitsnachweisedureau befindet sich bei E. Klein in der Werkstätte des H. F. Meier, Triersche Straße Nr. 1. Stod.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Chemnitz, 3. August. Aus Gießen ist uns folgender Aufruf zugesandt worden: Kollegen! Ob zwar allerorts jedes Geschick unter dem Druck des Kapitals leidet, so steht doch gewiß unsern darunter an der Spitze. Daß die Bedenlichkeit unserer Existenz im Allgemeinen einleuchtet, sehen wir an der weiteren Verbreitung unserer Vereinigung. Es ist ein ermunterndes Zeichen, sich von den Kollegen aus Rath und Fern in dem schweren und ungleichen Kampfe, den wir zu führen haben, unterstützt zu wissen und dieses anspornen zu rascherem Vorwärtstreiben auf der betretenen Bahn. So haben denn auch wir uns zusammengethan, um zu kämpfen für unsere Selbstständigkeit. Unser Vorhaben ist, eine Produktivassoziation am hiesigen Plage zu errichten, getreu den Prinzipien unserer Vereinigung. Die Schwere der Ausfühung dieses Vorhabens wird Jedem einleuchten und sehen wir daher volles Vertrauen auf Euch, Kollegen. Die Gelegenheit ist augenblicklich günstiger als je, um eine Verbindung mit den einzelnen Mitgliedschaften anzuknüpfen, nämlich bei der bevorstehenden General-

Verammlung in Gotha. Wir werden einen Delegierten dorthin entsenden, richten daher an Euch alle die dringende Bitte, uns durch Eure Vertreter Eure Rathschläge und Meinungen zukommen zu lassen; wir versichern, daß Alles mit dem besten Dank entgegen genommen und gerechte Berücksichtigung zu gewärtigen hat.

Kollegen! Unsere Sache ist die Sache eines jeden von Euch. Benutzt daher die noch übrige, wenn zwar kurze Zeit vor der Generalversammlung, und berathet Euch über unsere Angelegenheit. Wir entsenden unsern Delegierten nach Gotha mit der festen Ueberzeugung, daß derselbe bei seiner Rückkehr unsere Voraussetzung in vollstem Maße mit seinen Mittheilungen befriedigen wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß
G. Miltenberger. B. Klerz.
Für den Ausschuss: G. Schöffel.

Allgemeiner Vötkcher- (Küper)-Verein.

Berlin, 3. August. Nachdem der Kongress vom 1., 2. und 3. Juni ds. J. Berlin zum Borort des Vereins ernannt und Herr Einzel zum ersten Vorsitzenden gewählt worden ist, wurden in der Generalversammlung hiesiger Vötkchergefellten vom 10. Juni, abgehalten im Heise'schen Lokal, Landsbergerstraße Nr. 15. nachfolgende Personen als Ausschussmitglieder gewählt: zum zweiten Vorsitzenden Herr Fischer, als erster Schriftführer Unterzeichneter, als Stellvertreter Herr Wagner 2.; zum Kassirer Herr F. Oragert, als Stellvertreter Herr Schröder; zu Revisoren die Herrn Reibel, Entwig und Peter. Alle versprochen treu die ihnen obliegenden Pflichten zu erfüllen, und, so viel es in ihren Kräften steht, für das Wohl des Vereins bemüht zu sein. Wir ersuchen nun die Orte, wo sich Mitgliedschaften bilden wollen, freundlichst, ihre Mitgliedsverzeichnisse mit Angabe des Geburtsorts der Mitglieder, ferner die genaue Adresse des Bevollmächtigten und die des Beitragsammlers sobald wie möglich einzuschicken, damit die nöthigen Sachen an sie verabsolgt werden können. Ebenfalls soll es unsere Pflicht sein, sämtliche Adressen der Bevollmächtigten sobald wie möglich zu veröffentlichen. Auch sind noch Protokolle vom Kongress beim Kassirer gegen Einsendung des Betrags von 1 Gr. nebst Portofolien zu beziehen. Um ferner Klarheit in jeder Beziehung zu schaffen, ersuchen wir, alle Briefe in Betreff des Vereins an Unterzeichneten, Gelder dagegen an Kassirer F. Oragert, Fehrlinerstraße Nr. 44 parterre zu senden.

August Pinze, Schriftführer.

Kl. Frankfurterstraße Nr. 7 vorn 3 Tr. bei Segger.

Allgemeiner deutscher Sattlerei-Verein.

Berlin. Den Mitgliedschaften zur Nachricht, daß für Bremen A. Worthmann, Mollenstraße Nr. 18 wohnhaft, und für Mainz H. Meister bei Herrn Gundlach in Dombach bei Mainz gewählt ist.

Der Vorstand.
H. Hempe, Schriftführer, Or. Hamburgerstr. 35.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Abrechnung: Baaren Kassenbestand von Dresden übernommen 3 Thlr. 7 Gr. 6 Pf., 1 Antheilsschein der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig 10 Thlr. Eingegangen sind aus Nürnberg 11 Thlr. 10 Gr. 4 Pf., aus Regensburg 2 Thlr. 25 Gr. 2 Pf., aus Königsberg 1 Thlr. 20 Gr. 6 Pf., aus Offenbach 8 Thlr. 2 Gr. 5 Pf., aus Pforzheim 5 Thlr. 2 Gr., aus Erfurt 4 Thlr. 9 Gr. 5 Pf., aus Freiberg 2 Thlr. 5 Gr., aus Braunschweig 9 Thlr. 23 Gr. 5 Pf., aus Würzburg 4 Thlr., Apolda 22 Gr. 5 Pf., Wolfenbüttel 1 Thlr. 5 Pf., aus Leipzig 10 Thlr. 10 Gr. 8 Pf., Gotha 1 Thlr. 24 Gr., Summa 67 Thlr. 13 Gr. 6 Pf. Ausgabe: Reise für Unterzeichneten nach Leipzig zur Uebernahme des Inventars 4 Thlr. 25 Gr., für Agitation an Schäfer (Leipzig) und Unterzeichneten 5 Thlr. 15 Gr., Koffertransport von Leipzig bis Gotha 23 Gr. 5 Pf., der Druck der Gewerkschaftsstatuten kostet 3000 Stück 62 Thlr., hiervon sind bezahlt am 31. Juli 31 Thlr., Porto, Schreibmaterial, für Kassirer und Vorsitzenden 2 Mappen, Porto für 2 Pakete Statuten von Leipzig bis Gotha, Gehalt des Vorsitzenden 8 Thlr. 2 Gr. 5 Pf., Summa 50 Thlr. 7 Gr. 5 Pf. Bilanz: Einnahme 76 Thlr. 13 Gr. 6 Pf., Ausgabe 50 Thlr. 7 Gr. 5 Pf. Bleibt Bestand 16 Thlr. 6 Gr. 1 Pf. 100 Thlr. folgen am 10. August noch von Dresden.

Noch sind sehr viele Dete im Rückstande, und werden dieselben hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Desgleichen wird ein baldige Zusendung des Geldes für die Protokolle gebeten, da wir mit diesem Gelde die zweite Hälfte der Statuten bezahlen wollen. Neue Mitgliedschaften sind angemeldet: Limbach b. Ch. und Koburg. Das Geld für Limbach und Konstanz folgt in nächster Abrechnung. In Limbach ist Bevollmächtigter Heinrich Kühn, Kassirer F. Petermann. In Konstanz Bevollmächtigter Hr. Better bei Restaurateur Mehmer. Wie stehts mit dem Anchluss von Mainz? Die neugegründeten Mitgliedschaften sollen vor allen Dingen auch treu und fest zu den alten stehen und nicht wie dies früher vielfach passirt ist, nach kurzem Bestehen sich der alten Sorglosigkeit hingeben. Kollegen! Raffen wir alle unsere Kräfte zusammen, die Position, die wir jetzt inne haben zu verteidigen; ruhen und rasten wir nicht eher als bis unsere größten Feinde, Dummheit und Gleichgültigkeit überwunden sind und unsere Kollegen aufgeführt in unseren Reihen stehen.

Wer nicht kämpft für sein gutes Recht,
Der muß bleiben des Tyrannen Knecht.

Für die Verwaltung: W. Bod.

Correspondenzen.

Leipzig. So hoch das Bezirksgerichtsgelände ragt über der Erde, also sind auch unsre Gedanken höher denn eure Gedanken. Wir schreiben wohl die Herren des Bezirksgerichts an ihre Thüren. Wird da vor einiger Zeit ein Dachbindergehülfe seines Meisters und dessen Wirthschaft überdrüssig und gebraucht den Ausdruck „Schusterei“. Flugs geht der Meister, der seine Pappschneiderei kennen muß, auf das Bezirksgericht und verklagt den Gehülfe. Der Gehülfe wird in erster Instanz verurtheilt, ebenso in zweiter. Aus dem Erkenntniß heben wir folgendes hervor: „Mit dem von dem Kläger gebrauchten Worte „Schusterei“ wird in der Sprache des gewöhnlichen Lebens regelmäßig der Begriff einer Kleinlichen, nur mit geringen Arbeiten sich befassenden gewerblichen Beschäftigung verbunden, welche weder eine größere Ausbildung, noch den Besitz von kostspieligem Handwerkszeug oder erheblichen Betriebsmitteln erfordert.“ Welche Fülle von Weisheit und Scharfsinn! Also unter „Schusterei“ versteht man „in der Sprache des gewöhnlichen Lebens regelmäßig“ nicht das Schusterhandwerk, wie wir naive bisher glaubten, sondern obiges handwurmartig zu sprechendes und zu schreibendes Ding! Was man nicht Alles noch lernen kann! Demnach wäre der Begriff „Schwein“ folgendermaßen zu definieren: „Mit dem Worte

Schwein wird in der Sprache des gewöhnlichen Lebens regelmäßig der Begriff eines plöglichen bei gänzlicher Unthätigkeit des zu Begleitenden blindlings eintreffenden Glücksfalles verbunden, dessen Zustandekommen erfordert, daß ein blindes Schwein eine Fichel findet“. Bei Leibe darf man aber nicht, laut bezirksgerichtlicher Theorie, unter „Schwein“ in der Sprache des gewöhnlichen Lebens regelmäßig jenes granzende, vierfüßige, fettbildende Thier verstehen, das den Mittelpunkt von so vielen „Schlachtfesten“ bildet. Wir glauben mit unserer Definition von „Schwein“ beweisen zu haben, daß wir die neue Theorie des Bezirksgerichts richtig aufgefaßt. Natürlich sehen wir einer weiteren Reformation der edlen deutschen Sprache und des Sprachgebrauches durch die Gelehrten des Leipziger Bezirksgerichts mit ungemeiner Spannung entgegen.

Leipzig. Wir erhalten folgendes Schreiben: „Sie haben in ihrer Nr. 67 das Dementi hinsichtlich der Denunziation des Herrn Stadtverordneten Madal gebracht. Ich, Ihr Berichterstatler, will es vorläufig dahingestellt sein lassen, ob Herr Madal nur absichtslos erzählt oder mit Absicht denunziert hat; das aber behaupte ich nach wie vor, daß Herr Madal die alleinige Ursache war, daß — eine halbe Stunde nach dessen angeblicher Bezeugung mit Hepper — die Polizei schon in Ihrem Bureau war, um letzteren zu verhaften. Ich kann Herrn Madal, wenn er es wünscht, brieflich die Beweise hierfür beschaffen; für die Deffentlichkeit hat es kein Interesse.“

Leipzig. Das hiesige „Tageblatt“ berichtet von Tag zu Tag über Erzfesse in und um Leipzig, und Beschädigungen von öffentlichen und privaten Kunstanlagen seitens größerer Touristengesellschaften. Gesehen wird hierbei immer von „gewissen Klassen des Publikums“, welche glauben, das Privileg zu haben, die Gezege mißachteten zu dürfen. Das „Tageblatt“ verschweigt aber, daß alle diese Kaufbolde sich aus dem ehemaligen Kriegerstande rekrutieren, welche das Verwüsten, Zerhauen und Niederreißen so perfekt in Frankreich gelernt haben. — Frage man alle in Leipziger Gefängniß sitzenden Exgebedenten, welche Zeitung sie in der Regel zu lesen pflegten, so wird man von Keinem hören: „den Volksstaat“, sondern von Allen: „das „Tageblatt““.

Dresden. 1. August. Wegen einer von Parteigenosse Dahnner im „Volksbote“ äußerst milde dargelegten Behandlung der Gefangenen im Bezirksgerichtgefängniß zu Dresden, an die sich eine wahrheitsgetreue Charakterisierung des Gefängnißinspektors Tittmann reihte, ist gegen denselben auf eine Gefängnißstrafe von 6 Wochen erkannt worden.

Reichenbach i. F. Um die Gesinnungslosigkeit unserer Tagespresse dem Volke im rechten Lichte zu zeigen, veranstalteten wir am vergangenen Sonntag eine Volksversammlung, in welcher Bahleisch über das Zeitungswesen sonst und jetzt in trefflicher Weise auf Grund der Geschichte referirte. Sodann wurde lebhaft über die Schreibweise der hiesigen zwei Localblätter debattirt, da selbige in früherer Zeit glimpflicher bez. unparteiischer mit den Sozialdemokraten verkehrten, und seit längerer Zeit, dem von oben herab angeschlagenen Ton gemäß, uns einige Berichte aus größeren Blättern gern aufstischen, und dadurch glauben, zur Rettung ihres Polizei- und Militärstaates alles Mögliche gethan zu haben. Es wurde mit betont, daß, obwohl zwischen diesen beiden Blättern (Anstaltsblatt und Nachrichten) nicht gerade Einigkeit herrsche, da das „Anstaltsblatt“ im Sinne der sächsischen Conservativen, die „Nachrichten“ mit den Nationalliberalen von Kaiser und Reich schreiben, gegen die Sozialdemokratie beide Blätter ein Herz und eine Seele seien. Es wurde den Anwesenden zur Pflicht gemacht, das Lesen solcher Blätter thunlichst zu beschränken, dafür den ihren Geist verdunkelnde „Volksstaat“ zu halten. Die jetzige Guldenhege fand gebührende Beachtung; es wurde klargestellt, daß große Gelbente mit dem Vermögen des Volkes spekulieren, ohne von den Regierungen gestört zu werden.

Frauen, 4. August. Eine gestern in Drochans bei Mehltheuer stattgehabten Versammlung von Vertretern sämtlicher Orte unseres Wahlkreises, in welchen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sowie des Allg. d. Arb.-Bereins wohnen, beschloß auf die Vorschläge der Herren Haffe (Allg. d. Arb.-B.), Hartenstein und Benig einmüthig: in den Wahlkampf und die Agitation einzutreten und wählte zu diesem Zweck ein Comitè. Durch diese Vereinigung ist die Möglichkeit gegeben, einen Kandidaten durchzubringen. Möchte bei der Aufstellung eines solchen dieselbe Einigkeit herrschen wie am gestrigen Tage, wo allerseits anerkannt wurde, daß nur der Segner den größten Nutzen aus unserer Zersplitterung ziehe. Auf denn, Parteigenossen, in die Agitation! ohne Parteiunterschied!

Berlin, den 20. Juli. Zur Charakterisirung der Börse erlaube ich mir folgendes mitzutheilen:

Eine in jüngster Zeit „gegründete“ Bank, — Thüringische Bankverein (Sitz in Erfurt), — die ihre Aktien nicht loswerden konnte, hatte dieselben, um sich etwas Geld zu verschaffen, bei einem Bankhändler lombardirt, d. h. in Verpfand gegeben. Ein dieser Händler nun, — Jakob Landau (Dreslau und Berlin), welches die faulen Verhältnisse der Bank kannte, benutzte die bei ihm deponirten Aktien zum Firen, d. h. es verkaufte die Aktien, um sie später billiger wieder anzuschaffen zu können. Da aber die Bank fast gar nichts von ihren Aktien umgesetzt hatte, durchschaute sie das Manöver und ließ durch ein drittes Haus, Bercht und Swoboda in Berlin, ihre Aktien anlaufen und forderte nun vom ersteren ihr Depot zurück. Und nun beginnt folgendes kostbare Spiel: Jakob Landau und Konferten suchen die Aktien anzukaufen, während die Thüringische Bank durch ein ihr nächstehendes Haus den Cours ihrer Aktien täglich erhöhen läßt und solche in kurzer Zeit von 100 bis auf 250 gebracht hat. Es handelt sich dabei um bedeutende Summen. Jakob Landau ist allein mit 50,000 Thlr. nominal „hineingefallen“. Wie die Geschichte enden wird, läßt sich noch nicht absehen, jedenfalls aber hat jede Partei das Recht, die andere dem Staatsanwalt zu denunzieren, thut es aber nicht, weil — jede das Recht hat. Es ist nämlich die Bank strafbar, weil sie erstens mit ihren eignen Aktien Geschäfte gemacht und zweitens andere absichtlich zu schädigen gesucht hat; dagegen sind Jakob Landau und Konferten strafbar, weil sie bei ihnen deponirte Effekten verkauft haben. Die Moral läßt sich leicht ziehen, Jakob Landau ist Commerzienrath, ich glaube sogar Geheimere!

Ferner kann ich Ihnen noch mittheilen, daß die Regierung die „Berliner Bank“ H. Dufstorp, mit 2 Millionen subventionirt haben soll. Letztere, die ein wenig „Isaac Pereire“ gespielt hatte, war dem Bankerott nah und hätte ihr Fall eine ganze Menge anderer Institute mit hineingezogen. Laut gestrigem „Börsecourier“ soll die Regierung gefonnen sein, in dieser Weise den Börsentrach aufzuhalten. — Die betreffende Stelle des „Berliner Börsencouriers“ vom 29. Juli lautet: „Wenn in Bezug auf eine Anzahl hiesiger Institute mancherlei Besorgnisse in letzter Zeit im Schwunge waren und zu Baifserverhältnissen Veranlassung gaben, so können wir an dieser Stelle die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Staats-

regierung solchen Instituten, die ihr genügende Sicherheit bieten, mit hülfreicher Hand zur Seite steht. („Staatshilfe!“) Es ist in dieser Beziehung in den letzten Tagen zu verschiedenen Abschlüssen gekommen, die dem Hereinbrechen irgend welcher Bedrängniß bei den verschiedenen Instituten einen wirksamen Damm entgegenzusetzen im Stande sind.“

Nachtrag vom 1. August. Bezugnehmend auf mein gestriges Schreiben bemerke ich noch, daß die Aktien des Thüringer Bankvereins von 241 auf 130 gefallen sind, wahrscheinlich hat die Manipulation ihren Zweck erreicht. —

Dof, 4. August. Hierselbst hat sich eine Genossenschaftsbuchdruckerei gegründet. Dieselbe soll vor allen Dingen bezwecken, daß die „Hoser Zeitung“ täglich erscheinen kann. Sollten auswärtige Parteigenossen gewillt sein, Antheilsscheine zu entnehmen, so können dieselben, sowie Statut, von Hrn. Joh. Wagner, Leimigermweg 736 b bezogen werden. Der geringste Antheilsschein lautet auf 2 fl. (= 1 Thlr. 5 Sgr.). Im Interesse unserer großen Sache ersuchen wir unsere Parteigenossen, uns durch Entnahme von Antheilsscheinen gefälligst unterstützen zu wollen.

Erfurt. Am Sonntag, den 13. Juli, feierte die hiesige Holzarbeiter-Gewerkschaft ein Fest. Dasselbe war von mehreren Tausenden besucht und zu unserer großen Freude hatten sich auch Parteigenossen von Apolda und Gotha eingefunden. Nachdem die Musik einige Stücke gespielt hatte, trat unser eifriges Mitglied Wilhelm Gramann auf die Bühne und trug ein selbstgemachtes Festgedicht vor, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Gramann hieß auch die fremden Gäste herzlich willkommen; darauf wurde ein dreifaches Hoch auf unsere gute Sache ausgebracht. Jetzt erschien unser Freund Reichelt aus Apolda auf der Bühne, und hielt eine kräftige Rede. Auch unser Freund Imhof trat auf und hielt eine Ansprache an die Versammelten. Zur Zufriedenheit aller Theilnehmer endete das Fest mit einem glänzenden Valle um 4 Uhr Morgens.

Reutlingen, 26. Juli. Bericht über die hiesige Arbeiterbewegung und Arbeiterverhältnisse: Schon vor zwei Jahren existirte hier eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche beinahe ein ganzes Jahr regelmäßig alle 14 Tage Parteiversammlungen abhielt; jedoch die eifrigsten Mitglieder reisten ab und die anderen gingen auseinander. Nur eine ganz kleine Zahl blieb der Sache treu. Im April 1873 referirte Wotteler in einer Versammlung über Gewerks- und Produktivgenossenschaften, und es entstand eine Gewerkschaft der Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter; der die alten Parteimitglieder wieder beitraten. Nun glaubten wir auch, daß sich hier eine bedeutende Anzahl Weber der Gewerkschaft anschließen würden; anfangs ging es auch sehr erfreulich; in jeder Versammlung ließen sich neue Mitglieder einzeichnen. Aber mit der Zeit verlor sich das Interesse an der Gewerkschaft und zwar in Folge keinalicher Neibereien. Am 30. April d. J. sprach Wotteler abermals in einer Volksversammlung, als deren Resultat die Gründung eines Agitationscomitès von 10 Mann zu betrachten war. Am 17. Mai wurde eine Parteiversammlung einberufen und es ließen sich noch 19 Mann aufnehmen. So hätten wir denn wiederum eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Das Feld für die Arbeiterbewegung ist augenblicklich in hiesiger Gegend sehr günstig. Staat und Bourgeoisie sorgen dafür, daß den Arbeitern die Augen geöffnet werden. Kürzlich brachte das in Stuttgart erscheinende volksverderbende „Evangelische Sonntagblatt“ eine Correspondenz aus Reutlingen, in welcher unter Anderem gesagt war, daß es hier fast gar keine Arbeiter gebe, welche jährlich unter 400 fl. verdienen, es herrsche also ein gewisser Wohlstand. In Wirklichkeit aber verdienen zwei Drittel der hiesigen Arbeiter unter 400 fl. Und wenn wirklich 400 fl. verdient würden, so macht das auf die Woche ungefähr 8 fl.; und was braucht nicht eine Familie von vier Köpfen in einer Woche? Wir wollen nicht nachrechnen, aber 8 fl. reichen nicht aus.

An Euch, Arbeiter, aber richten wir die dringende Mahnung, schließt Euch uns an, damit die hiesige Mitgliedschaft ein würdiges Glied des Ganzen werde. Und Ihr, die Ihr Eure Klassenlage begriffen habt, führt, soviel in Euren Kräften steht, uns in jeder Versammlung neue Mitglieder zu und erlahmt nicht, denn unsere Sache erfordert Rath und Ausdauer.

J. Koller, Vertrauensmann.

Bremerhasen. Es scheint, als ob unsere Partei der Polizei allenhalben eine nicht geringe Furcht einflößte, denn wie sollte man sich anders die sinnlosen Maßregeln erklären, die von dieser Seite gegen uns ergriffen werden? So hatte z. B. unser Vertrauensmann Rahl bei der hiesigen Polizei zu wiederholten Malen um die Genehmigung zu einem Ausmarsch nachgesucht — vergebens. Es half nichts, daß auf die Schützen-ic. Feste hingewiesen wurde, bei denen regelmäßig Ausmärsche stattfinden. „Ja, das sind aber auch ganz harmlose Leute“, entgegnete man uns; und doch sind Verwundungen und Verstümmelungen bei den Festen dieser „harmlosen“ Leute zur Regel geworden. Aber freilich, wir sind ja Arbeiter, und die sind bis heute stets mit anderem Maß gemessen worden. Und nun gar erst, wenn es die Polizei mit sozialistischen Arbeitern zu thun. Da ist es ja gar nicht anders möglich, als daß die Feste und Ausmärsche nur zu dem Zwecke abgehalten werden, um zu revoltiren, um Staat und Gesellschaft zu vernichten. Soweit also geht bereits die Angst der besorgten Polizei, daß selbst die harmlosesten Bergnügungen der Arbeiter zu staatsgefährlichen Aktionen aufgepußt werden. Aber wir werden diese Zustände zu beseitigen suchen; wir werden bei den nächsten Reichstagswahlen auf dem Plage sein und einem Manne unsere Stimmen geben, von dem wir sicher sind, daß er voll und ganz für uns eintritt.

Wiesbaden, 28. Juli. Heute fand hier eine große Volksversammlung statt, welche von ca. 4—500 Personen besucht war. Als erster Vorsitzender fungirte Stück, Stellvertreter war Hamerschmidt, und Unterzeichneter Schriftführer. Herr Kaiser aus Mainz referirte über das Thema „Was wir wollen“. Er erläuterte dabei in eingehender Weise die 10 Punkte des Eisenacher Programms. Zum Schluß wurde ihm vielfacher Beifall zu Theil. Herr Leyendecker betheiligte sich ebenfalls unter großem Beifall an der Debatte. Trogbem mehrmals aufgefordert wurde, die Segner sollten sich zum Wort melden, trat doch Niemand auf, und doch war der Redakteur des „Rh. Courier“, eines Blattes, das bei jeder Gelegenheit die Arbeiter beschimpft, amwesend. Als zweiter Punkt stand der „Börsentrach“ auf der Tagesordnung. Da der Referent über diesen Punkt nicht eingetroffen war, so referirte Herr Kaiser gleichfalls über diesen Punkt. Redner meinte, der Börsenschwindel treffe in erster Linie den Kleinbürgerstand. Ebenso machte Redner darauf aufmerksam, wie in Wien der Staat den Börsenjobbern sofort beisprienge, damit diese keine christliche Arbeit zu verrichten brauchen, während er, der Staat, sich um den Nothstand der Arbeiter und des Kleingewerbetreibenden gar nicht kümmere, sondern diese ruhig zu Grunde gehen lasse. Auch Herr Leyendecker sprach zu diesem Thema. In die Partei ließen sich 20 Personen aufnehmen. Es hätten noch weit mehr Aufnah-

men stattgefunden, wenn nicht leider das Aufnahmematerial ausgegangen wäre. Von besonderer Bedeutung ist jedoch Folgendes: Die hiesige Polizeibehörde verfügt, wegen stattgefundener Geldsammlung in einer Volksversammlung, 2 Thlr. Strafe; ebenso verlangt sie von der neugegründeten Holzgewerkschaft, daß sich jedes einzelne Mitglied dem Herrn Polizeidirektor persönlich vorstelle. Herr Kaiser beabsichtigt nun diese Angelegenheit und wies darauf hin, wie der Polizei ein solches Recht gar nicht zustehe. Wenn eine Sammlung durch einen Aufruf stattfindet, müsse die polizeiliche Erlaubnis eingeholt werden. Hier sei das gegebene Geld an die Einrufer ein freiwilliges Geschenk; weder das Reichsstrafgesetzbuch noch das Vereins- und Versammlungsgesetz verbiete aber das Schenken in Versammlungen. Ebenso habe die Polizei gar kein Recht, die persönliche Vorstellung der Mitglieder der Holzgewerkschaft, zur eigenhändigen Unterschrift auf dem Polizeibureau, zu verlangen. Wenn die Polizeidirektion durchaus die persönliche Bekanntschaft der Mitglieder der Holzgewerkschaft machen wolle, so könne sie dieselben in ihrer Wohnung besuchen, wobei sie sich gleichzeitig — und dies würde vielleicht segensreich auf sie wirken — über die herrschende Noth unter den Arbeitern unterrichten könnte. Die Polizei habe nur das Recht, das Statut der Gewerkschaft, wenn dasselbe nicht rein gewerkschaftlich, sondern politische Zwecke aufstelle, nicht zu genehmigen. Es bleibt dann natürlich die Beschwerde an die Regierung bis zum Ministerium offen.

Herr Kaiser erklärte nun, daß die Partei und die Holzgewerkschaft sich in keinem Falle solchen polizeilichen Verfügungen unterordnen, sondern stets den gerichtlichen Weg durch alle Instanzen beschreiten werde. Beide, die Partei und die Gewerkschaft, haben nicht mehr Lust, sich solchen Entscheidungen zu fügen; wenn die Polizei die Gesetze nicht kenne, so sei das nicht unsere Schuld. Jetzt erhob sich einer der die Versammlung überwachenden Schutzeleute und verlangte von Herrn Kaiser die Angabe der Wohnung, was auch bereitwilligst geschah. Dieser Schutzmann soll fünf Sprachen sprechen und fertig stenographiren können, weshalb er immer zur Ueberwachung der Versammlung geschickt wird.

Es ist wieder Bewegung unter das arbeitende Volk gekommen und hoffentlich wird Wiesbaden bald wieder seinen früheren Stand in der Arbeiterbewegung erreicht haben. — Von den hiesigen Blättern haben der „Kb. Courier“ und die „Mittelrh. Ztg.“ die Versammlung todtgeschwiegen, dagegen brachte der „Anzeiger“ einen sachlich gehaltenen Bericht.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Wilh. Kramer, Schriftführer.

Offenbach, 28. Juli. Dienstag, den 17. Juni hielten wir eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: „die politische und ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen,“ an der sich eine große Anzahl Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unter Anführung H. Schäfers beteiligten. Herr Dpiscius aus Frankfurt sprach als Referent, eine Zeit lang zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden, nur Herr Schäfer unterbrach den Redner öfters, so daß sich der Vorsitzende genöthigt sah, Schäfer anzusprechen, sich entweder ruhig zu verhalten oder das Lokal zu verlassen; wolle er sprechen, dann möge er sich zum Worte melden, es sei ihm dann Gelegenheit geboten, Dpiscius zu widerlegen. Schäfer machte nun erst recht Standal, bis schließlich die Polizei die Versammlung schloß. Es ließen sich Mehrere in unsere Partei aufnehmen, darunter auch ein Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, dem das Treiben der Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins als ein schändliches erschien. Dienstag, den 24. Juni, wurde die obige Tagesordnung unter lebhafter Debatte in einer geschlossenen Versammlung erledigt. Bis jetzt ist es den Führern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geglückt, das einseitliche Vorgehen der deutschen Arbeiter gegen Reaktion und Kapitalismus zu hintertreiben, aber die Zeit dürfte nicht mehr so fern sein, wo die Arbeiter zu unterscheiden vermögen zwischen denen, die aufrichtig für die Emancipation der Arbeiterklasse in die Schranken treten und Soldaten, die die Spaltung der Arbeiterbewegung aus egoistischen Motiven aufrecht zu erhalten suchen.

Beer.

Lörrach. Hier erscheint ein kaum 3 Stunden über Lörrach hinaus bekanntes „liberales“ Winkeltblattchen, der „Oberländer Bote“. Dieses Blatt glaubt nicht desweniger große Thaten zu berichten, indem es fast in jeder Nummer die Demokratie, namentlich aber das arbeitende Volk begeistert. Da der „Redacteur“ des Blattes nicht fähig ist, selbst Artikel zu schreiben, so druckt derselbe die Herzergießungen der vom Oberstaatsanwalt und Hauptschwadronenr Kaiser redigirten „Badischen Correspondenz“ (B. C.) ab. Natürlich ist auf diesem — beet auch ein Kränlein gegen unsern Artikel: „Aus dem Wiesenthal“ gewachsen, das wohl ein Fabrikpajsha hineinsetzt haben mag. Nebenbei sei bemerkt, daß ein Fabrikarzt seine Stellung verlor, weil man ihn für den Verfasser des Artikels im „Volksstaat“ hielt. Er muß unskuldig hüpfen; aber freilich, er hat den Herren Fabrikanten Vorstellungen über die Behandlung der Arbeiter gemacht und das ist in den Augen der Bourgeoisie selbstverständlich ein nie zu fühnendes Verbrechen! Der Einsender des Artikels im „Oberländer Bote“ spekulirt freilich auf die Dummheit der Leser dieses Blattes — wer dies Blatt täglich liest, muß ja dumm werden — und erklärt es für eine Lüge (!!), daß der Fabrikherr den Lohn herabdrücken könne, wenn dem Arbeiter durch Consumvereine u. etwas billigere Nahrungsmittel verschafft würden. Nun, würde ein Consumverein die Lage der Arbeiter wirklich verbessern, so würde schon dadurch ein Angebot herbeigeführt, welches die Nachfrage übersteigen würde. Der Lohn würde also sinken. Aber wir mühen einem „Oberländer Bote“ nicht zu, dies zu begreifen. Begreife er lieber, daß Schneinstühle keine Würste sind. Daß „Arbeiterwohnungen“ nur gebaut werden, um die Arbeiter an die Scholle zu fesseln, sie bei Stripes auf die Straße werfen zu können und überhaupt lebenslängliche Lohnsklaven aus ihnen zu machen, ist im „Volksstaat“ schon so oft bewiesen worden, daß ich eine Wiederholung für überflüssig erachte. Beweisen nur die „humanen“ Ausbeuter erst einmal, daß dem nicht so ist.

Schließlich denunziert der Verfasser unsern Artikel, der sagt, daß die Arbeiter selbst ihre Ketten lösen müssen, als „strafbar“ und ruft ins Polizeibureau hinein: „Sollte ein so offener Aufruf zur Selbsthilfe keinen Grund zur Anklage geben?“ Hier hat der Verfasser die Schellenkappe gelüftet. Der Bourgeois, der erst „Moral“ gepredigt, bekommt Angst, die Arbeiter möchten erwachen und ihm, der die Sozialdemokraten so oft „Theiler“ gescholten, einmal das „Theilen“, das Aneignen unbezahlter, fremder Arbeit vertreiben! Daher die gemeine Denunziation!

An Annoncengebühren für Juli schulden:

Altona: Arbeiterver. 9 Gr.; Augsburg: Arbeiterpart. 20 Gr.; Lit. Ver. 4 Gr.; Braunschweig: Metallarb. 21 Gr.; Maurer

3 Thlr., Maler 26 Gr.; Berlin: Manufakturarb. 6 Gr., Holzarbeiter 2 Thlr. 2 Gr., Metallarb. 12 Gr., Arbeiterpart. 2 Thlr. 6 Gr.; Breslau: Arbeiterpart. 18 Gr.; Cöln: Bremer, Wirtschaftseröffn. 26 Gr., Arbeiterpart. 9 Gr.; Coburg: Arbeiterfest 24 Gr.; Erfeld: Arbeiterpart. 2 Thlr. 10 Gr.; Konstanz: Dürletts, Schneider 6 Gr.; Chemnitz: Bahleisch 1 Thlr. 21 Gr., Ufer 24 Gr., Landesverf.-Com. 17 Gr.; Dresden: Metallarb. 4 Gr.; Erfurt: Holzarb. 1 Thlr. 2 Gr.; Eßlingen: Morlof 7 Gr., Arbeiterpart. 6 Gr.; Elberfeld: Arbeiterpart. 8 Gr.; Frankenberg: Arbeiterver. 1 Thlr. 18 Gr.; Frankfurt a. M.: Buchbinder 6 Gr., Kalb 2 Gr., Arbeiterpart. 14 Gr.; Froburg: Volksverein 12 Gr.; Göppingen: Arbeiterpart. 7 Gr.; Gotha: Arbeiterpart. 8 Gr.; Hamburg: Klempner und Gasfitter 10 Gr., Arbeiterpart. 1 Thlr. 21 Gr., Sozialdemokr. 16 Gr.; Hannover: Hundstein, Tischlerzgen. 3 Gr., Arbeiterpart. 8 Gr.; Klagenfurt: Volksbl. 8 Gr.; Königsberg: Arbeiterpart. 10 Gr., Müller, Restaur. 3 Gr.; Leipzig: C. Joppa, Schriffl., 7 Gr.; Landshut: Arbeiterpart. 10 Gr.; Löbnitz: Arbeiterver. 16 Gr.; Niederplanitz: Arbeiterpart. 5 Gr.; Neudorf: Fischer 10 Gr.; Nürnberg: Arbeiterpart. 10 Gr., Schlosser 4 Gr.; Quedlinburg: Arbeiterpart. 1 Thlr. 22 Gr.; Reichenbach i. S.: Agitationscom. 7 Gr.; Sorau: Büstenfabrikant Hoffmstr. 24 Gr.; Stollberg: Arbeiterpart. 10 Gr.; Stade: Arbeiterpart. 13 Gr.; Wiesbaden: Arbeiterpart. 6 Gr.; Weimar: Agitationscom. 10 Gr., Arbeiterpart. 10 Gr.; Wieda: Harzer Arb.-Tag 11 Gr.; Verdau: Volksver. 12 Gr.; Witten: Arbeiterpart. 4 Gr.; Zwickau: Arbeiterpart. 16 Gr.; Zeitz: D. Klingner 4 Gr.

Da es Pflicht der Vertrauensmänner wie der Vorstände der Vereine und Gewerkschaften an den betr. Orten ist, für baldigste und richtige Bezahlung obiger Beiträge, wie der in Nr. 64 und 65 des Organs aufgeführten Rückstände Sorge zu tragen, so wird pünktliche Zahlung erwartet.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Auf unsere Beschwerde bei der K. Oberpostdirektion hier über die K. Postexpedition in Vorna wegen Verweigerung von Monatsabonnements, erhielten wir von dort nachstehende Zuschrift:

Leipzig, 2. August 1873.

An die Expedition des „Volksstaat“ hier.

Die Bestellung auf 1 Exemplar Ihrer Zeitschrift für den Monat Juli e. ist nach den angestellten Erörterungen lediglich in Folge einer unrichtigen Auffassung der betreffenden Bestimmungen seitens des Postamts in Vorna unterblieben.

Ich bedaure diesen Vorfall und habe das genannte Postamt sofort entsprechend verständigt.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

J. B. Brachvogel.

Ordnung.

Aus Regensburg die zweite Sendung mit 4 Thlr. 15 Gr. dankend erhalten zu haben, quittirt hiermit. Berlin, 4. August 1873.

Im Auftrage: Fr. Goerbing, Obermeister.

Fond für pol. Gemafregelte.

Vom Arb.-Bild.-Verein Leipzig 5 Thlr. 16. 5. Zur Agitation v. S. d. Maurer 7 1/2 Gr.

Briefkasten

der Redaktion. B. u. J. Herr Remminger in nächster Nummer. Beide Artikel werden abgedruckt.

der Expedition. Otto Schlegel Wintersdorf: Ihre Annonce kostet 5 Gr. H. Empe Hildesheim: die Annonce kostet 5 Gr. 3. Arsch, Pfr.: Abonn. 3. Qu. 21 Thlr. 3. Mr., Schmölln: Schrift 25 Gr. B. Pönn, Kochlich: Schrift 1 Thlr. 25. Schling, Wintersdorf: Schrift 25 Gr., Ann. 5 Gr. F. Brn, Schwab, Gmünd: Abonn. 2. Qu. 4 Thlr. 1. H. Am hier: Schrift 2 Thlr. Metallarbeiter-Gewerksch. hier: Ann. 25 Gr. Krankent. d. Drechslerzgen. hier: Ann. 12 Gr. Fr. H., Lindenan: Abonn. 3. Qu. 1 Thlr. 4. Bdr. hier: Abonn. Aug. 9 Gr. O. Kbr, Wagsberg: Schrift 4 Thlr. 3. Ann. 8 Gr. Bndlich, Fährd: Ann. 18 Gr. 8. R. Adir, Stadtschöf: Schrift 3 Thlr. Fachz. der Tischler dafelst: Ann. 5 Gr. C. Lg, Hof: Abonn. 2. Qu. 4 Thlr. Schf, Mächernsdorf: Ann. 8 Gr. K. E. hier: Schrift 1 Thlr. Peto, Cuntzsch: Abonn. 18 Gr. 3. Ceps, Bolesfelddor, Ungarn: Abonn. 3. Qu. 1 Thlr. 8. Ar. Bg hier: Schrift 17 Gr. W. Leoben: Abonn. 3. Qu. 1 Thlr. 21.

Anzeigen u.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Berlin Sonntag, den 10. August, Vormittags 9 Uhr: Versammlung im Locale des Herrn Stachun, Köpnickstraße 152. — Tages-Ordnung: Vortrag. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.

Berlin Sonntag, den 10. August, Vormittag 10 Uhr, Landwehrstraße Nr. 11: geschlossene Sitzung; wichtige Angelegenheiten. Die Mitglieder haben sammtlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Breslau Montag, den 11. d. M., Abends punkt 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung in Gammert's Restauration, Wehlhose 12. — Tagesordnung: Beratung der von den auswärtigen Mitgliedern gestellten Congressanträge; 2) Wichtige Mittheilungen. Es ist unbedingte Pflicht jedes Parteigenossen, pünktlich am Platze zu sein. Der Vertrauensmann.

Hilfeschritte

Hildesheim Ich ersuche die Parteimitglieder Dienstag den 12. August bei Herrn Briemlop in der „Sonne“ pünktlich zu erscheinen. Bekannte, sowie Fremde sind eingeladen; besonders ersuche ich den Vertrauensmann Lichtenberg bestimmt zu erscheinen. D. Lampe.

Soz.-dem. Arbeiterpartei.

Frankfurt a. M. Versammlungsort: Stadt Reuznach, Dominikanergasse 10. — Jeden Samstag Abend Vortrag und Diskussion.

Die Arbeitervereine Leipzig.

NB. Der „Volksstaat“ liegt in folgenden Wirkschaften aus: Schwab, Papageistrasse; Schüller, Papageistrasse; im Stolzenfels, alte Rainzergasse; im Lindenbaum, Saalgasse; Gtz, Kannewitzergasse und Houllon, Gelnhäusergasse. (ma)

Die Arbeitervereine Leipzig.

Leipzig und Umgegend Groß- und Klein-Hochberg, Ehrenberg werden aufgefordert, sich in der am Sonntag, den 10. d. M., Nachmittags 4 Uhr, bei Feidler, gr. Windmühlenstraße 7 abzuhaltenen Versammlung durch Delegirte vertreten zu lassen, um sich über gemeinsames Vorgehen bei den Reichstagswahlen u. dgl. zu verständigen. Das Agitationscomité. (2a)

Internationaler Metallarbeiterverband.

Leipzig Montag, den 11. August: Sitzung bei Finsterbach, Reichstraße. — Tagesordnung: 1) ein Antrag aus dem Journal Polytechnique de Paris über Physik; Vortrag; 2) Neuwahl des Bevollmächtigten. Alle Mitglieder werden ersucht zu erscheinen. D. B.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig Sonnabend, den 9. August, Abends halb 9 Uhr, bei Feidler, gr. Windmühlenstraße 7, Versammlung. Der Ver.

Leipzig Internat. Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer. Dienstag, den 12. August: Hauptmitgliederversammlung, Windmühlenstr. Nr. 7 bei Feidler, Abends 8 Uhr.

Tagesordnung: Constatirung der Krankenliste und Wahl der Beamten. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Bevollm. (2a)

Lörrach Allgemeiner Arbeiterbund. Da ich mit dem heutigen Tage von hier abreise, so ersuche die Parteigenossen, etwaige Briefe u. an Herrn Rees, Restaurateur, Kirchstraße, Lörrach, gef. adressiren zu wollen. Gleichzeitig rufe noch allen Parteigenossen ein herzliches Lebewohl zu und wünsche, daß Euer jetziger Vertrauensmann unerschrocken für unsere Prinzipien agitiren wird. Mit soz.-dem. Gruß Den 2. August 1873. Louis Schlg.

Niederplanitz Sonntag, den 10. August, findet im Rosenwälder'schen Gasthose ein Arbeiterfest

statt, wozu wir alle Parteigenossen von nah und fern hierdurch einladen wollen. Sammelplatz für Auswärtige ist Nachmittags 3 Uhr in der Restauration des Hrn. Schubert im Fuhsgraben an der Schwarzbergstraße. Das Festcomité. (*)

Schwab. Gmünd Diejenigen Volksstaatabonnenten, welche noch vom 3. Qu. 1872 sowie vom 1. und 2. Qu. 1873 im Rückstande sind, werden hierdurch dringend aufgefordert, sobald als möglich ihren Verbindungen nachzukommen. Monatsabonnements zu 24 kr. frei ins Haus werden fortwährend angenommen. Die einzelne Nummer kostet 2 kr. Für die Filialexpedition: Franz Wilhelm. (*)

Stade Montag, den 11. August: öffentliche Versammlung, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. S. Schröder, zum Schützenhof. Zu dieser Versammlung ladet zu recht zahlreichem Besuche ein das Comité.

Zuverlässige Arbeiter finden bei H. Seifarth, Pianofortefabrik in Mannheim, Beschäftigung. Arbeitszeit 9 1/2 Stunden. Arbeitspreise für Piano folgende:

1. Sorte	4. Sorte	Rafen.
fl. 11. —	fl. 10. —	—
„ 4. 36	„ 4. —	Eisenheile anpassen und bohren.
„ 11. —	„ 2. 30	Resonanzboden (ohne Stimmstockfleg).
„ 5. 15	„ 4. 30	Beziehen.
„ 24. —	„ 15. 30	Rasteneheile.
„ 6. —	„ 5. 30	do. Umbauen.
„ 50. —	„ 25. 30	Abziehen und Poliren.
„ 18. —	„ 13. —	Zusammensetzen.
„ 11. —	„ 9. 30	Clavieratur.

Mechaniken im selben Verhältnis.
Zu allen Arbeiten wird das Holz zugeschnitten gegeben. (*)

Der „Vorbote“,

Sozialpolitische Monatschrift von Joh. Ph. Becker, welche alle offiziellen Mittheilungen und das Wesentliche der Kongress Verhandlungen der Internationalen Arbeiterassociation enthält und überaus über Entstehung und Entwicklung dieser Gesellschaft ein deutliches Bild abgibt, ist zu beziehen:

die Kollektion der 6 Jahrgänge (1866—1871) gebunden in 3 Bänden 12 = 3 Thlr. 6 Ngr.

der einzelne Jahrgang 2 = 16 Ngr., für Arbeiter und Arbeitervereine um die Hälfte obigen Preises beim Verleger, Pré l'Evequo 33, in Genf und in der Buchhandlung des „Volksstaats“.

Von der Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:

Bebel, A., Unser Ziel. 3. Auflage	1 Thlr.	2.
— Rede in der „Tonhalle“ zu Leipzig den 14. Juni 1871 über die Leipziger Commune	—	—
— Unsere Vertreter im Reichstage	—	—
Becker, J., Der alte und neue Jesuitismus	—	6.
— National-ökonomische Raketen	—	15.
— Briefe deutscher Bettelpatrioten. In 5 Bief. à	—	7.
Der Braunschweiger Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Löben und vor Gericht 1871	—	12.
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation	—	2.
Der Zeitgeist	—	2.
Die dritte Niederlage des französischen Proletariats	—	2.
Pichon, Religion der Sozial-Demokratie, 1. 2. 3.	—	1.
— National-Ökonomisches	—	—
— Die bürgerliche Gesellschaft	—	1.
— Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	—	15.
Pittich, Sendschreiben an die Egoisten	—	2.
Engels, F., Der deutsche Bauernkrieg	—	5.
— Zur Wohnungsfrage	—	—
1. Heft: Wie Brodhen die Wohnungsfrage löst	—	1.
2. „ Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst	—	1.
3. „ Nachtrag über Brodhen u. die Wohnungsfrage	—	1.
Erinnerung an die letzte Waiitage 1871 (Gebicht)	—	—

Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie in Zürich, und seine Hülfsungen der Wissenschaft, begangen in seinem Buche: „Der Sozialismus und die Arbeiterfrage“

Hirsch, C., Normalarbeitstag	—	1.
— Der Staat und das Genossenschaftswesen	—	—
— Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin	—	2.
Jacoby, L., Es werde Licht (Poesien)	—	5.
Kraffer, Dr. F., Anti-Sollabus (Gebicht)	—	—
— Coteram eenseo (Gebicht)	—	—
— Der letzte Strich (Gebicht)	—	—
Kassale, F., Arbeiterfrage, Leipziger Rede	—	1.
— Ueber Verfassungswesen	—	2.
— An die Arbeiter Berlins	—	1.
— Offenes Antwortschreiben	—	1.
— Macht und Recht	—	—
— Hochverratsproceß	—	2.
— Fichte's politisches Vermächtniß	—	1.
— Philosophie	—	3.
— Arbeiterlebensbuch	—	2.
— Arbeiterprogramm	—	2.
— Die Wissenschaft und die Arbeiter	—	3.
— Criminalprozeß, II. Instanz	—	5.
— Sozial-Schulze von Delisch	—	6.
— Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens	—	8.

An die Parteigenossen und Correspondenten!

Wir bitten dringend, alle Briefe, welche für Redaktion oder Expedition bestimmt sind, doch nicht an einzelne Personen, sondern einfach direkt an die Redaktion oder Expedition adressiren, andernfalls wir für Verzögerung und sonstige Unzulänglichkeiten, namentlich bei recommandirten Briefen, nicht haften können.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Secundo, Redacteur C. Casper. (Redaktion und Expedition) Feilnerstr. 41. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchhandlung.